



Galileo

STREITBARE WISSENSCHAFT

ZEITUNG DER HOCHSCHULGRUPPEN DER MLPD UND DER OBERSCHÜLER- UND
STUDENTENGRUPPEN DES REBELL

AUSGABE SOMMERSEMESTER 2011

2 MONATE NACH FUKUSHIMA - ZURÜCK ZUR TAGESORDNUNG?

Sie lügen und betrügen

Wie schon bei Tschernobyl werden die Folgen des Super-GAU in Fukushima heruntergespielt und die Weltöffentlichkeit systematisch desinformiert. Tecpos Katastrophenplan ist ein Witz! Sie haben gar nichts im Griff. In Reaktor 2 frisst sich der geschmolzene Kern unkontrollierbar durch das Betonfundament. In mindestens zwei weiteren Reaktorblöcken ist eine Kernschmelze im Gang. Frei liegende Kernelemente in den Abklingbecken haben gebrannt (!) und sind in kritischem Zustand. In Fukushimas Reaktoren sind über 6 Tonnen Plutonium – 40 Milliardstel Gramm sind für einen Menschen tödlich! Die radioaktive Verseuchung des Pazifischen Ozean in der Umgebung ist

extrem hoch und breitet sich nach und nach weltweit über die Nahrungskette und Transportmittel aus. Ein Ende der Katastrophe ist nicht in Sicht. Und anders als in Tschernobyl ist das Gebiet dicht besiedelt.



würde.(1) Die tödlichen Folgen werden vertuscht oder kleingeredet. Zynisch heißt es in der „Vereinbarung zwischen der Weltgesundheitsorganisation und der Internationalen Atomagentur“ vom 29.7.1959: „Die IAEA und die WHO erkennen an, dass es notwendig sein kann, gewisse Einschränkungen zur Wahrung vertraulicher Informationen, die sie erhielten, anzuwenden.“(2) Zu Tschernobyl liest sich das dann so: „Es gibt keinen wissenschaftlichen Hinweis auf Anstiege der Inzidenz oder Mortalität an Krebs allgemein oder an nicht bösartigen Gesundheitsstörungen, die mit Strahlenbelastung in Beziehung gebracht werden könnten.“ (3) Was für eine Lüge! Seriöse Berechnungen gehen von Hunderttausenden Tschernobyltoten aus.

INHALT

- S. 1 2 Monate nach Fukushima - zurück zur Tagesordnung?
- S. 2 Fortsetzung von S.1
- S. 3 Atomdebatte an den Unis
- S. 4 Die Angst des Europarates vor dem Kommunismus...
- S. 5 Berliner Studierende äußern sich zum Sozialismus
- S. 6 Super-GAU in Deutschland bedeutet Millionen Krebstote
- S. 7 Zurück zum „Atomkonsens“ von 2001?
- S. 8 Mein Leben mit den Credit Points

Wie bilanziert man Millionen Tote?

Unvorhersehbare Katastrophe? Nein, denn die Betreiber haben Atomunfälle wie in Tschernobyl und jetzt Fukushima einkalkuliert. Berechnend haben sie die Haftung beim AKW-Unfall auf 0,005 Prozent der Folgekosten begrenzt. Hans Blix, Präsident der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien, hatte nach Tschernobyl gemeint, in Anbetracht der Bedeutung der Kernenergie für die Menschheit sei es tolerabel, wenn jährlich ein Unfall wie in Tschernobyl geschehen

Die Sache mit dem Moratorium

Die kapitalistische Profitgier treibt die Betreiber, die AKWs noch lange am Netz zu lassen. Jeder laufende Reaktor bringt RWE, E.on, EnBW und Vattenfall 2,2 Mio. Euro Reingewinn – pro Tag! Und dabei halten sie selbst einen AKW-Unfall für durchaus wahrscheinlich. Nach der „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“ muss man bei 146 AKWs in der EU und 40 Jahren Laufzeit alle 17 Jahre mit einem Super-GAU rechnen (4). Das ist so wahrscheinlich wie wenn man beim Würfeln im ersten

Wurf die 6 erzielt. Ein GAU in Europa ist also überfällig. Was gibt es denn da zu

„Die laufen nur wegen der Profite und Atombombenbau. Geld frisst Hirn. Das fängt schon an der UNI an!“
(Student an der Uni Tübingen)

prüfen? Durchgeführt wird die AKW-Prüfung von der Reaktorsicherheits-Kommission (RSK), deren Zusammensetzung Bände spricht. Im Gremium sitzt Erwin Fischer, technischer Leiter der E.on- (Pannen-) AKWs Isar 1 und 2. Und der kennt schon vor der Untersuchung das Ergebnis: „Aus unserer Sicht ist das klar, dass wir die sicherheitstechnischen Anforderungen hier erfüllen.“ (5) Weitere RSK-Männer sind Ulrich Waas von „Areva“, einem weltweit führenden Unternehmen in der Nukleartechnologie, Reinhard Kohl vom TÜV Süd Industrie Service, der millionenschwere Einnahmen aus Gutachten zu Kern-

„Es fällt auf, dass sich viele junge Schüler bei uns für die Widerstandsgruppe eintragen. Viele bewegt es sehr, was in Fukushima passiert. Unsere Widerstandsgruppe trifft sich jeden Montag zur Demonstration gegen die Atomkraftwerke. Danach machen wir gleich unser Treffen, tauschen dort neueste Argumente aus und haben ein Transparent mit „Profitgier geht über Leichen“ gemalt. Vor allem sind wir gegen die Verharmlosung durch die Medien.“
(Studentin aus Duisburg)

kraftwerken erzielt usw. usf. Über die Hälfte der RSK-Mitglieder sind unbestreitbare Vertreter der Atomkonzerne. Röslers Sicherheitsprüfung ist Augenscherelei.

Merkels Atomausstieg

Ihr „Ausstieg“ soll Jahrzehnte dauern. Nach derzeit gültigem schwarz-gelben Regierungsbeschluss darf der letzte Meiler (Neckarwestheim II) bis 2050 laufen. Der frühere rot-grüne Atomausstieg hatte 2022 angepeilt. Schon ba-

Potenzial erneuerbarer Energien in Deutschland für die Stromerzeugung*

Beim heutigen technischen Stand in Prozent des aktuellen Stromverbrauchs

Windenergie mit Anlagen im Meer (Off-shore)	40 %	Damit ist schon ohne die Einbeziehung von großen Energie-Einsparpotenzialen (mindestens 30 Prozent) und zusätzlichen regenerativen Techniken, wie Wellenkraft (Meere) und Solarthermik-Großkraftwerken (Südeuropa), ein Anteil am Strombedarf von 99 Prozent gedeckt.
Bioabfälle und Fäkalien durch integrierte Methanisierung und Kompostierung	35 %	
Photovoltaik	6 %	
Wasserkraft inkl. Wasserkleinanlagen	8 %	
Erdwärme	10 %	
Summe	99 %	

* Eigene Berechnungen, gestützt auf Angaben aus „Strom ohne Grenzen“ in „Natur+Kosmos“ 9/08; Prof. Hiller/Prof. Lutz in „Dokumentation der 4. Offenen Akademie“, S. 109; weitere Berechnungen von H. Scheer (SPD/MdB) und M. Stuhm, Dortmund (zur Biomasse-Nutzung)

stellt die Merkel-Regierung an einem faulen Kompromiss. Vom „schnellstmöglichen Ausstieg“ wird dort kaum mehr gesprochen. Die Grünen halten ihn jetzt plötzlich bis 2017 für möglich – vorausgesetzt, man wählt sie in die Regierung. Liebe Grünenwähler! erinnert ihr euch an Trittin, der **vor den Wahlen 1998** alle AKWs stillzulegen versprach? Kaum war er Umweltminister unter Schröder/Fischer hat er die Polizei auf die Castorgegner in Gorleben geschickt (s.S.4). Jeder Tag mit Atomstrom ist ein Verbrechen, weil es keine Lagermöglichkeit für die radioaktiven Abfälle gibt. Und auch, weil die AKWs zur Produktion von „taktischen“ Atomwaffen genutzt werden – wie beim Einsatz von abgereicherter Uranmunition in den weltweit geführten Kriegen! Unsere Forderung muss lauten: **Internationaler aktiver Widerstand zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke auf Kosten der Betreiber!**

AKW stilllegen - ist das teuer und bringt mehr Kohlekraftwerke?

Die AKW-Betreiber behaupten, dass ohne Atomstrom die Energiepreise steigen müssten. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Denn Atomstrom ist unbezahlbar. Mit den staatlichen Subventionen (bisher 60 Mrd. Euro) und der Abwälzung der Folgekosten auf die ganze Gesellschaft (Endlagerung über Tausende Jahre, Umweltzerstörungen durch Unfälle und Uranbergbau, Behandlungskosten der Tumoren und Missbildungen usw.) kommt man auf weit über 2,- Euro pro Kilowattstunde. Die Alternative zu AKWs ist nicht der

Bau von klimazerstörenden Kohlekraftwerken, sondern die Einsparung und 100%ige Energiegewinnung aus regenerativen Quellen (s. Kasten). Das ist technisch machbar und preisgünstiger. Strom aus Solarthermie ist bereits für 5 Cent zu haben! (6) Da diese Stromgewinnung weitgehend dezentral erfolgen kann, benötigt man auch keine neuen Stromleitungen. Falls nötig, können die von der Bahn genutzt werden.

System Change, not „Climate Change“...

ist eine Forderung von Umweltaktivisten gegen die imperialistische Umweltpolitik. Imperialistisch deshalb, weil sie Mensch und Natur rücksichtslos opfert. Der Kapitalismus hat mit der Neuorganisation der internationalen Produktion ein Stadium erreicht, wo er nur noch auf Grundlage der Zerstörung der Umwelt funktionieren kann. Die MLPD und ihr Jugendverband REBELL rufen auf, den aktiven Widerstand zur sofortigen Stilllegung aller AKWs und zur Rettung der Natur zu organisieren – an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten! Man kann die AKWs nicht abwählen oder durch Stromanbieterwechsel beseitigen. Man muss dazu Widerstandsgruppen aufbauen gegen den drohenden Atomtod und die

**Kontaktadresse: Galileo-Redaktion,
Schmalhorststraße 1c,
45899 Gelsenkirchen.
Email: redaktion@mlpd-galileo.de**

V.i.S.d.P.: D. Grünwald, Königsbergerstr. 30, 45881 Gelsenkirchen

Klimakatastrophe. Wer die Umwelt vor der Profitgier retten will, muss gegen den Imperialismus und für den Sozialismus kämpfen.

Die wirklich sozialistische Produktionsweise ist die Alternative. In der echten sozialistischen Gesellschaft wird nicht länger für Profitmaximierung, sondern für die Bedürfnisse der Bevölkerung produziert. Die Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Menschen wird mit ihr abgeschafft und eine Kreislaufwirtschaft eingeführt. Hierzu braucht man eine Wissenschaft, Lehre und Forschung, die die dialektischen Bewegungsgesetze von Natur und Gesellschaft erforscht und anwendet.

Quellen

- 1 Sebastian Pflugbeil, in: C. Klug (Hrg.), *Atomkraftwerke stilllegen! Wissenschaftler über Gefahren der Atomenergie und Alternativen*, Edition Offene Akademie 2011, www.offene-akademie.org
- 2 Agreement between the World Health Organisation and the International Atomic Energy Agency vom 28.5.1959, Artikel III.1, siehe: <http://en.wikisource.org/w/index.php?oldid=444034>.
- 3 Edmund Lengfelder/Christine Frenzel, *20 Jahre nach Tschernobyl, Erfahrungen und Lehren aus der Reaktor-katastrophe*, Otto-Hug-Strahleninstitut - MHM Informationen, Ausgabe Februar 2006, S.7
- 4 [www.http://www.mlpd-galileo.de/galileo-downloads/2010/Galileo_Interview_Schmitz_Feuerhake.pdf](http://www.mlpd-galileo.de/galileo-downloads/2010/Galileo_Interview_Schmitz_Feuerhake.pdf)
- 5 ARD-Magazin "Kontraste", 14.4.11, siehe: http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_14_04/reaktorsicherheitskommission.html
- 6 Klimaschutzprogramm der MLPD, S.22

Umfrage an der Universität Tübingen zur Forderung: „Stilllegung aller AKWs!“

Anders als vor Fukushima spricht sich jetzt eine klare Mehrheit für die Stilllegung aus. Viele meinen auch: „Sofort ist zu krass. Das kann noch Jahre dau-

ern“, Und wer soll zahlen? „Ganz klar auf Kosten der Betreiber“ sagten die meisten. Und auch, dass TEPCO und die japanische Regierung die Wahrheit manipulieren.

(Hochschulgruppe Stuttgart)



„QUO VADIS NUKLEAR? KERNREAKTOREN DER 4. GENERATION“...

... unter diesem Titel hielt Prof. J. Starflinger, neuer Direktor des Instituts für Kernenergetik und Energiesysteme an der Universität Stuttgart, am 7. Mai seine Antrittsvorlesung.

Wir hatten uns Plakate mit der Forderung „Sofortige Stilllegung aller AKWs – Rebellion ist gerechtfertigt“ umgehängt und boten Besuchern die Broschüre der MLPD zur Stilllegung der AKW an. Sogleich kamen zwei Polizisten und wollten wissen, ob wir im Internet zu Protesten aufgerufen hätten. Enttäuscht zogen sie unverrichteter Dinge wieder ab. Offensichtlich wird das Internet durchkämmt nach Aufrufen zu Aktivitäten aller Art und schon mal vorsorglich Polizei losgeschickt. Starflinger begann mit der Bemerkung,

dass seine Botschaft vielleicht bereits veraltet sei, wohl weil die Akzeptanz von AKWs seit Fukushima in Deutschland ganz im Keller ist. Derzeit arbeitet man an der vierten Generation von AKW mit dem Ziel der „Nachhaltigkeit“. Damit meinte er Forschung zur Reduktion der Strahlung und Giftigkeit abgebrannter Brennstäbe und längerer Verwendbarkeit durch Aufbereitung. Es gäbe aber noch sehr viele Herausforderungen sprich ungelöste Probleme. Eines davon seien fehlende Materialien für eine Austrittstemperatur von über 850°. Auch das Kühlungsproblem bereitete Kopfzerbrechen. Er zeigte uns eine Liste der Orte und Firmen, wo an dieser „4. Generation“ gearbeitet wird. Eine Diskussion über kritische Einwän-

de war nicht vorgesehen. Wieso werden nicht alle Kräfte und Finanzen auf rasche Entwicklung der erneuerbaren Energien verlegt, die, anders als Uran, quasi unerschöpflich sind? Wieso wird angesichts der Katastrophen nicht schnellstens aus dieser Technologie ausgestiegen? Ein Professor meinte allen Ernstes, dass alle Energiesysteme Opfer an Gesundheit und Leben kosteten und die Bilanz der AKWs dabei noch gut abschneiden würde! Gerne kommen wir auf das Angebot zur Auseinandersetzung von Prof. Starflinger zurück und hoffen dabei auf Verstärkung von Studenten des Studienganges „Erneuerbare Energien“.

(Hochschulgruppe Stuttgart)

DIE ANGST DES EUROPARATES VOR DEM KOMMUNISMUS WIE DER EUROPARAT DESINFORMATION ZUM SOZIALISMUS BETREIBT

Der Kapitalismus ist extrem zerstörerisch gegenüber Mensch und Natur. Er ist perspektivlos, weil mit ihm kein einziges der von ihm verursachten Menschheitsprobleme gelöst werden kann. Seine revolutionäre Ablösung durch neue sozialistische Produktions- und Lebensverhältnisse wären die Lösung. Genau das will er mit allen Mitteln verhindern.

Im Folgenden dokumentieren wir interessante Hintergründe dazu aus einer Neuerscheinung von Stefan Engel „Die Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“:

Am 25. Januar 2006 beschloss die Parlamentarische Versammlung des Europarats mit 99 zu 42 Stimmen die Ausrichtung für eine europaweit koordinierte antikommunistische Kampagne als Beitrag zum »Kampf gegen den internationalen Terrorismus«. Die europäischen Regierungen sahen sich genötigt, gegen die Auffassung der Mehrheit der europäischen Bevölkerung vorzugehen, der Sozialismus sei eine gute Idee, wenn er auch bisher nur schlecht umgesetzt worden sei. In einer einführenden Anmerkung zur parlamentarischen Anhörung am 14. Dezember 2004 heißt es deshalb:

»Wenn wir dies nicht tun, könnte sich ein Gefühl der Nostalgie in den Köpfen der jüngeren Generationen als Alternative zur liberalen Demokratie festsetzen.« (Europarat, Dokument 10765, Anhang I) Diese Kampagne sollte den Kapitalismus und seine bürgerliche Demokratie alternativlos erscheinen lassen und einen Damm gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung errichten. Die Entschließung des Europarats von 2006 »Die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« fußt wesentlich auf dem berühmten »Schwarzbuch des Kommunismus«, das Stéphane Courtois 1997 herausgab. (...)

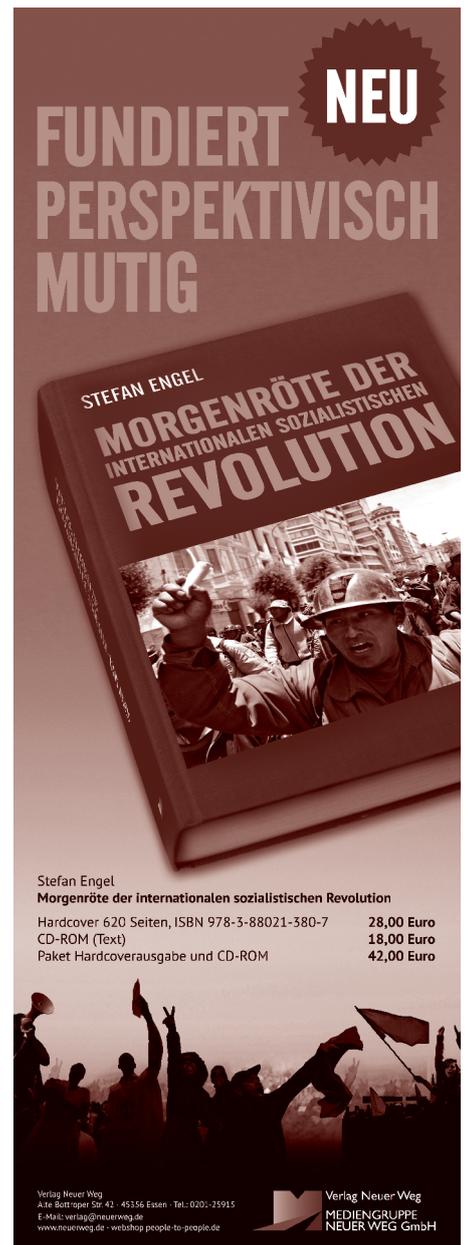
Die Antikommunismus-Kampagne des Europarats geht noch weiter. Sie über-

nimmt Courtois' Argumentation, dass die Kommunisten letztlich auch Verantwortung für die Opfer trügen, die bei imperialistischen Überfällen auf die Sowjetunion ihr Leben verloren. So die drei Millionen Sowjetmenschen, die sterben mussten, als sie nach der Oktoberrevolution ihr Vaterland gegen Konterrevolution und imperialistische Invasion verteidigten, ja sogar die 50 Millionen Toten des II. Weltkriegs – mit der haarsträubenden Begründung, dass der Faschismus und dann auch der II. Weltkrieg nur Reaktionen auf den Kommunismus gewesen wären. Courtois rechnet auch alle Feinde der sozialistischen Gesellschaft, die wegen antisowjetischer Agitation, Spionage und Sabotage berechtigt verurteilt und mit Lagerhaft oder mit dem Tod bestraft wurden, zu den Opfern des Kommunismus. Es geht hier keinesfalls darum, die Verurteilung Unschuldiger zu rechtfertigen. Diese waren aber keine »Opfer des Kommunismus«, sondern Opfer von schmutzigen Intrigen und reaktionärem Gebaren kleinbürgerlich entarteter Bürokraten mit dem Parteibuch in der Tasche, die selbst nichts sehnsüchtiger herbeisehten als die Restauration des Kapitalismus.

Schlimmer lässt sich das Andenken der Menschen aus der Sowjetunion und aus dem antifaschistischen Widerstand nicht beschmutzen: Die Kommunisten werden für alle Opfer verantwortlich gemacht; die Volksmassen werden der Kriegstreiberei bezichtigt, weil sie um Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung kämpften, weil sie für den Sieg über den Hitler-Faschismus ihr Leben einsetzten, weil sie unter Beweis stellten, dass die sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins dem imperialistischen Weltsystem überlegen war. (Aus: Stefan Engel, Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution, S. 257 ff.)

Wie erbärmlich, dass die Herrschenden zu solchen Geschichtsfälschungen und Meinungsmanipulation greifen müssen! Wer sich für die tatsächlichen

großen Fortschritte und Erfolge beim Aufbau des echten Sozialismus interessiert, wird in dem Buch fündig. Wir werden in der kommenden Galileo weiter berichten.



Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper 42, 45356 Essen,
Tel 0201-25915, email: verlag@neuerweg.de
www.neuerweg.de, webshop.people-to-people.de

BERLINER STUDIERENDE ÜBER DEN SOZIALISMUS

Die **MLPD Hochschulgruppe Berlin** führte für „Galileo“ eine kleine Umfrage an der FU Berlin durch. Sie wollte wissen, wie Studierende über den echten Sozialismus denken und was sie über ihn wissen.

Galileo: Hast Du schon einmal einen Text von Marx, Engels oder Lenin gelesen?

Zwei Studierende hatten noch nie einen Text der Klassiker des Marxismus/Leninismus gelesen, die anderen kannten meist einen kürzeren Text (K. Marx, „Kommunistisches Manifest“) oder Auszüge aus dem „Kapital“. Sie hatten das entweder in der Schule oder „freiwillig“ (aber nicht in der Uni) gelesen. Mit einem Lenin-Text hatte sich noch keiner befasst.

Was hältst Du vom Sozialismus?

Die Mehrheit der Befragten meinte, dass der Sozialismus eigentlich erstrebenswert sei, weil er Solidarität und Gerechtigkeit verwirklichen will. Eine Befragte erklärte ausdrücklich, dass der Sozialismus nötig sei, weil das Leben ja sozial gestaltet werden müsse. Übereinstimmend sagten alle Befragten aber auch, dass der Sozialismus bei den „menschlichen Gegebenheiten“ wie Egoismus und Streben nach dem eigenen Vorteil nicht klappen kann. Wir hatten hier Mühe, zur nächsten Frage überzugehen und müssen das vertiefen.

War die DDR ein sozialistisches Land?

Einer sagte ohne Zögern: Nein. Die meisten Befragten unterschieden – etwas unerwartet für uns - zwischen wirtschaftlichen und politischen Aspekten. In wirtschaftlicher Hinsicht gab es

für sie in der DDR „sozialistische Elemente“. In politischer Hinsicht jedoch nicht, siehe die Mauer. „Es war eine Diktatur unter dem Deckmantel des Sozialismus“, sagte eine Befragte. „Es fehlte einfach die Meinungsfreiheit.“ Es ist wichtig darüber aufzuklären, wie der Sozialismus dort nach hoffnungsvollen Ansätzen verraten wurde und sich ein bürokratischer Kapitalismus entwickelt hat.

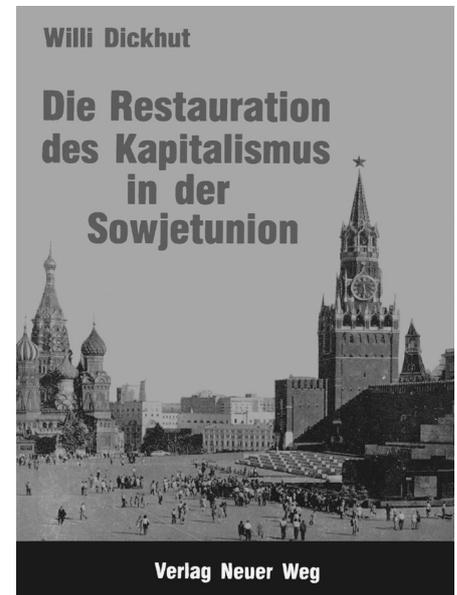
Gibt es heute auf der Welt ein sozialistisches Land?

Hier gab es die größte Überraschung. Eine Studentin meinte, dass Dänemark ein sozialistisches Land sei, jedenfalls für die Dänen, jedoch nicht für alle Migranten. Andere zählten Länder auf, die sich sozialistisch nennen, es aber ihrer Meinung nach nicht sind – China, Kuba und Nordkorea – oder von denen sie nicht genug wussten, um die Frage beantworten zu können. In China aber, soviel war für alle klar, hätten die Menschen viel zu wenig Freiheit. Die Mächtigen würden sich bereichern.

Unser Fazit:

Es gibt bei den Studierenden unverkennbar Sympathien für den Sozialismus. Nach Analyse der MLPD gibt es derzeit kein sozialistisches Land auf der Erde. Über den Unterschied zwischen echten sozialistischen Ländern und ihre Verwandlung zu bürokratisch-kapitalistischen Ländern wie das heutige China oder Nordkorea herrscht großes Durcheinander. Wir werden uns überlegen, wie wir an der positiven Erfahrung dieser Momentaufnahme anknüpfen können. Die meisten Befragten nahmen die letzte Nummer der „Galileo“

gerne mit und sind gespannt auf die neue Nummer mit den Ergebnissen der Befragung. Bei der Auswertung unserer Aktion kam der Vorschlag, bei einer Wiederholung der Befragung auch nach der Haltung der Studierenden zur Diktatur des Proletariats zu fragen. (Hochschulgruppe Berlin)

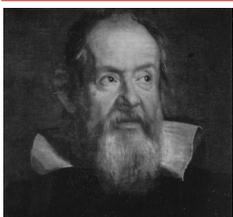


565 Seiten, Preis: 18 Euro

Zu bestellen bei: www.people-to-people.de



Titelbild der Wochenzeitung der MLPD „Rote Fahne“ zur Erinnerung an den Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus.



„...und sie bewegt sich doch!“ Jetzt selbst beitragen zur streitbaren Wissenschaft!

Ich möchte an der Zeitung Galileo mitarbeiten

Name: _____

Telefon: _____

Adresse: _____

email: _____

Ausschneiden und einsenden an:
Kontaktadresse: Galileo-Redaktion,
Schmalhorststraße 1c,
45899 Gelsenkirchen.
Email: redaktion@mlpd-galileo.de



Prof. Dr. Inge-Schmitz-Feuerhake (Physikerin) ist Gründungsmitglied der Gesellschaft für Strahlenschutz und Mitherausgeberin der Berichte des Otto-Hug-Strahleninstituts e.V.. 2003 wurde sie Vorsitzende des European Comitee on Radiation Risk (ECRR).

Der „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“ zufolge muss bei 146 AKWs in der EU und 40 Jahren Laufzeit alle 17 Jahre mit einem Super-GAU gerechnet werden¹. Galileo sprach mit der Physikerin Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake über die Folgen von Fukushima und einer möglichen Atomkatastrophe in Europa.

Offenbar frisst sich der Reaktorkern im Reaktor 2 von Fukushima durch das Betonfundament. Können Sie die möglichen Folgen abschätzen?

Wenn der Reaktorkern in den Boden durchschmilzt, gibt es Kontakt mit dem Grundwasser und somit einen Zugang für die Radionuklide zum Trinkwasser und in die weitere Nahrungskette. Eine Filtermöglichkeit besteht naturgemäß nur für das Trinkwasser. Eine Voraussage über den Grad der Verseuchung lässt sich auch bei Kenntnis der geschmolzenen Mengen wegen vieler unbekannter Voraussetzungen praktisch nicht machen. Auf jeden Fall muss und wird man kontinuierliche Messungen in den betroffenen Gebieten vornehmen müssen.

Bei Tschernobyl ist nur eine geringe Radioaktivitätsmenge über 1500 km hi-

SUPER-GAU IN DEUTSCHLAND BEDEUTET MILLIONEN KREBSTOTE

nausgekommen. Diese war insgesamt zwar möglicherweise wesentlich weniger als in Fukushima, aber die Freisetzung erfolgte in viel größere Höhen wegen des Reaktorbrandes mit Explosion.

Lange hieß es, dass sich die Radioaktivität im Wasser des Pazifik bis zur Harmlosigkeit verdünne. Sind da Ernährungsgrundlagen für Menschen bedroht?

Der Radioaktivitätsgehalt eines laufenden Kernreaktors ist so ungeheuer groß, dass man ihn nicht mit Flüssigkeit auf ein handhabbares Maß verdünnen kann. Die Meeresfische in den Fanggründen der Japaner werden daher mit Sicherheit kontaminiert. Das hängt damit zusammen, dass eine Anreicherung in der maritimen Nahrungskette erfolgt, vom Plankton über Kleinlebewesen und kleine Fische bis hin zu den großen. Ein ausgemessenes Beispiel gibt es bisher nicht. An der Nordostküste von Irland enthalten die Fische Plutonium und andere Reaktorprodukte, die von den Abwässern der englischen Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe Sellafield stammen, die ins Meer abgeleitet werden und so in die irische See gelangen. In der dortigen irischen Bevölkerung zeigen sich erhöhte Krebsraten, was allerdings von den Regierungen nicht zugegeben wird.

Sie haben mit Dr. Angelika Claussen (IPPNW) und Dr. Sebastian Pflugbeil (Dt. Gesellschaft für Strahlenschutz) gerade eine Studie zu den Gesundheitsfolgen von Tschernobyl veröffentlicht. Was würde ein Super-GAU in Deutschland bedeuten?

In der Arbeit² referieren wir drei Varianten eines Super-GAUs in Deutschland, wobei eine 7- 10fach höhere Bevölkerungsdichte als bei Tschernobyl angenommen wird. Für das Risiko eines Krebstodes in Abhängigkeit von der Strahlendosis werden dabei offizielle Angaben verwendet (die nach unseren Erkenntnis-

sen weit untertrieben sind). In Variante 1 wurde mit einer Strahlenbelastung wie nach Tschernobyl gerechnet³. Sie ergab 2,4 Millionen Krebstote für die BRD. Die Dosis, die das Strahlenkomitee der Vereinten Nationen abschätzt und die in den meisten Industrienationen bislang offiziell angenommen wird, ist allerdings um das 10fache zu klein. Das wurde von Kritikern nachgewiesen⁴.

Die zweite Variante bezieht sich auf die Deutsche Risikostudie Phase B, die im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit erstellt und im Jahre 1989 vorgelegt wurde. Für den Fall von 5fach höheren Emissionen als bei Tschernobyl, der im Zusammenhang mit einem Hochdruckschmelzfall F1-SBV bei maximaler Freisetzung gesehen wird, wurden 12 Millionen Krebstote in der BRD errechnet.

Ein drittes Gutachten im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers ergab im Jahr 1992 eine Folgenabschätzung von 1,7 Millionen Krebstoten.

Nicht berücksichtigt werden in diesen Gutachten die Folgen für die Nachkommen durch Bestrahlung der Eltern (genetische Schäden) sowie diejenigen bei Embryonen und Föten durch Bestrahlung im Mutterleib (teratogene Schäden). Dieses sind klassische Effekte der Strahlenbiologie, die nach Tschernobyl mannigfach in den betroffenen Bevölkerungen nachgewiesen wurden. Hinzu kommen zahlreiche Nicht-Krebserkrankungen, die man erst nach Tschernobyl als strahlenbedingt erkannt hat.

Wir danken Frau Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake für das Gespräch.

1 [www.http://www.mlpd-galileo.de/galileo-downloads/2010/Galileo_Interview_Schmitz_Feuerhake.pdf](http://www.mlpd-galileo.de/galileo-downloads/2010/Galileo_Interview_Schmitz_Feuerhake.pdf))
 2 Pflugbeil, S., Paulitz, H., Claußen, A., Schmitz-Feuerhake, I.: Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl. 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe. In IPPNW, Ges. f. Strahlenschutz e.V. Berlin, April 2006, 76 S.
 3 Olav Hohmeyer: Soziale Kosten des Energieverbrauchs. Berlin 1989
 4 Hans-Jürgen Ewers, Klaus Rennings: Abschätzung der Schäden durch einen sogenannten Super-GAU. In PROGNOSE-Schriftenreihe „Identifizierung und Internalisierung externer Kosten der Energieversorgung“ Band 2, 1992

ZURÜCK ZUM „ATOMKONSENS“ VON 2001?

Bereits Ende März kam der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., Dr. Sebastian Pflugbeil, zu dem Urteil: „Wir haben es in Fukushima mit dem Super-GAU zu tun.“ In dieser Situation schlagen die Grünen und SPD der CDU/CSU/FDP-Regierung vor, zu dem Atomkonsens aus 2000 zurückzukehren. Was ist davon zu halten?

Der Betrug mit dem Atom-Ausstieg

Tatsache ist, dass der sogenannte „Atom-Ausstieg“ der damaligen Schröder/Fischer-Regierung lediglich die Abschaltung von zwei AKW brachte. Die aber wollten die Energiemonopole ohnehin wegen Überalterung stilllegen. Dieser sogenannte „Atomausstieg“ hatte niemals feste Termine für die Abschaltung der Atomanlagen gesetzlich festgelegt. Die damalige Rot-Grüne Regierung hatte eine Strom-Mengenbegrenzung mit den AKW-Betreibern vereinbart. Dieser erlaubte den Betreiber von Atomkraftwerken noch die Erzeugung von über 2,5 Millionen (2.623.300) Gigawattstunden Strom! Das ist eine Strommenge, die über 30 Jahre Gesamtlaufzeit ermöglichten bis zum Abschalten des letzten AKWs. Selbst die jetzt vorläufig abgeschalteten 7 AKW könnten nach diesem Rot-Grünen Konsens auch heute noch 20 Jahre weiter betrieben zu werden. Die Berechnung nach Strommengen war verlogen und lebensgefährlich: Je maroder ein AKW ist, desto öfter sein Stillstand – und desto länger kann das AKW bis zum Verbrauch der zugesagten Strommenge laufen. Zudem durften die AKW-Betreiber die Strommengen auf andere AKW übertragen.

Profite für Konzerne, Kosten für Bevölkerung

Tatsache ist, dass mit diesem Konsens die damalige Bundesregierung den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke zusicherte zuzüglich der Kostenübernahme für die gesamte Entsorgung des Atommülls durch den Staat sprich Steuerzahler. Und so ein Endlager strahlt Hunderttausende Jahre! Zum ungestörten Betrieb der AKW ge-

hörte auch, dass der damalige Grünen-Minister Trittin den Widerstand gegen die Castor-Transporte mit Polizeigewalt durchsetzte. MLPD und viele Umweltaktivisten beurteilten auch schon 2000/2001 diesen Konsens als einen Kniefall der damaligen SPD/Grünen-Regierung vor den Profitinteressen der Energiemonopole.

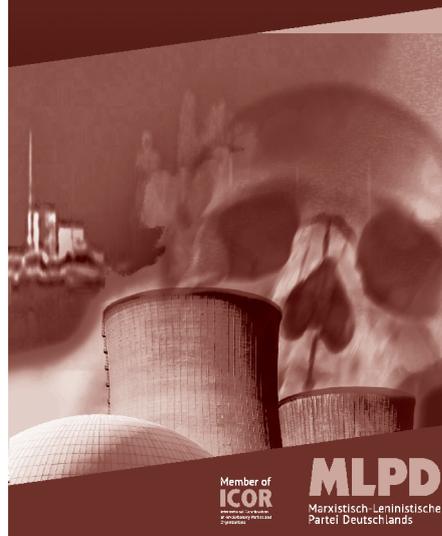
Tatsache ist auch, dass der Atomkonsens aus dem Jahre 2000 der Einstieg in ein international koordiniertes Atomprogramm war. Dessen Zielsetzung war, mit Deutschland (Siemens) und Frankreich (Areva NP) einen weltweiten Marktführer der Atomtechnologie zu bilden, damit diese todbringende und umweltzerstörende Technologie profitträchtig in alle Welt verkauft werden kann. „Großzügig“ wurden dann für die nächsten Jahre der Neubau von etwa 400 AKW geplant oder bereits damit begonnen. Deutsche und europäische Technologiemonopole wollen führend daran mitverdienen.

Der Wandel der GRÜNEN

Viele grüne Umweltaktivisten wandten sich damals entsetzt von ihrer Partei ab. Einige resignierten, andere brauchten Zeit, um das richtig zu verstehen. Die Partei der Grünen ist aus der Friedensbewegung und Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre entstanden, von woher ihr Image als Protestpartei stammt. Doch mit dem Einzug in Parlamente und Regierungen veränderte sich die kleinbürgerliche Denkweise ihrer Führer hin zur bürgerlichen Denkweise und die GRÜNEN verwandelten sich von einer Protest- und Widerstandspartei zu einer staatstragenden bürgerlichen Monopolpartei. Nur so ist ihr Verrat an der Anti-AKW-Bewegung, aber auch Anti-Kriegs- oder Frauenbewegung zu erklären. **Fördern wir den Aufbau rebellischer Widerstandsgruppen! Gut wäre ja, wenn viele von den GRÜNEN sich daran beteiligen.**

INTERNATIONALER AKTIVER WIDERSTAND

zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke!



Aktuelle Broschüre

Die Broschüre der MLPD enthält alle wesentlichen Informationen und Argumenten für den entschlossenen aktiven Widerstand gegen die Atomkraft. Erhältlich bei allen MLPD-Gruppen oder als PDF auf www.mlpd.de

Du willst selbst eine Widerstandsgruppe an deiner Hochschule aufbauen? Alles was du dafür brauchst findest du auf www.rebell.info



Pfingstjugendtreffen

Das internationale, antifaschistische Festival mit Sport-Tunieren, Open-Air-Konzerten, Zukunftsdemonstration, Infoständen,...

Schwerpunkt: Rettet die Umwelt!
www.pfingstjugendtreffen.de



MEIN LEBEN MIT DEN „CREDIT POINTS“ EIN GESPRÄCH MIT EINEM ZWEITSEMESTER

Die Galileo-Redaktion hat mit Nader (24) über seine Situation als Iraner in Deutschland gesprochen. Wir finden es bemerkenswert, wie er trotz oder gerade einer schwierigen Lebenssituation ein politischer Aktivist im REBELL geworden ist.

Nader¹ kommt aus dem Iran und lebt seit seinem 11. Lebensjahr in Deutschland. Er hat es geschafft, sein Abitur hier in Deutschland zu machen und ein Studium an der Fachhochschule Gelsenkirchen aufzunehmen. Vielen seiner Freunde und Bekannten mit Migrationshintergrund ist das nicht gelungen, trotz guter schulischer Leistungen. Denn sein Studium an der FH ist ein Fulltimejob. Vor allem für Kinder bzw. Jugendliche aus Arbeiterfamilien ist das eine enorme Belastung.

Auswendig lernen oder selbständig denken?

Mit dem Bologna-Prozess wurden die Credit Points (Leistungspunkte) eingeführt und damit die durchschnittliche Arbeitsbelastung eines jeden Studenten festgelegt. 60 Credits pro Uni-Jahr (2 Semester) sollen ca. 1.800 Arbeitsstunden entsprechen, so dass das Pflichtstudium offiziell mit 40 Stunden pro Woche zu Buche schlägt. Studierende in Recklinghausen haben ihre Wochenstunden ausgerechnet und kommen auf 65 Stunden - Arbeit, Wahlpflichtfach oder Klausurwiederholung nicht eingerechnet: „Für diese Credits bin ich von Montag bis Freitag pro

Tag 10 Stunden an der Uni unterwegs. Und was ich in der Woche nicht schaffe, wird am Wochenende erledigt.“ Das Creditsystem verschulte das Studium extrem, zementiert Auswendiglernerei und Wissensanhäufung. Selbständiges Denken, kritisches Hinterfragen werden extrem behindert. Wo soll man im Semester die Zeit hernehmen, um Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen? Entweder bekommt man Geld von den Eltern oder aber man macht sich abhängig durch einen Studienkredit. Wer weiß, ob man den zurückzahlen kann? Kinder aus Familien mit wenig Geld wie Arbeiterfamilien werden somit klar benachteiligt. Am besten ist es dann, in den Semesterferien das Geld im Voraus verdienen.

Obwohl Nader für die Arbeit keine Zeit mehr hat, muss er zwangsweise wenigstens 5 Stunden in der Woche nebenbei jobben. Denn die 580 Euro BAföG reichen hinten und vorne nicht: „Davon muss ich meine Miete (350 Euro), Semesterbeitrag (90 Euro), Bücher (35 Euro), Kleidung (60 Euro), Telefon, Internet (25 Euro) und Lebensmittel (160 Euro) bezahlen. Das ist unmöglich“. Und damit nicht genug. Erschwerend kommt hinzu, dass er in seinen Fächern mit Sprachbarrieren zu kämpfen hat.

Credits sollen politisch disziplinieren

Nader berichtet von der Flucht der Eltern aus dem Iran. Viele seiner Freunde mussten aus Kurdistan oder aus dem ehemaligen Jugoslawien wegen Krieg

und politischer Verfolgung fliehen. Alle diese Familien, besonders deren Kinder, stehen auch heute noch unter den Eindrücken dieser Kriegswirren und Verfolgungen. Klar, dass in seiner Familie viel über Politik gesprochen wird. Schon als Junge hat er die politischen Auseinandersetzungen zu Hause miterlebt. Dass seine Freunde nicht studieren können, sondern oft in ihre Länder abgeschoben werden, macht ihn traurig. Aber es fordert ihn auch heraus. Er ist gegen Abschiebungen, gegen den Krieg in Libyen, für die Stilllegung der Atomkraftwerke, gegen die Ausbeute von Mensch und Natur auf der Erde. Deshalb wurde er Mitglied im REBELL, der Jugendorganisation der MLPD: „Die haben in Bologna die Credit-Points-Reglementierung auch deshalb so gemacht, um uns im Studium die politische Arbeit zu erschweren“. Man wird hin und her gerissen zwischen Studium, Geld verdienen und dem politischem Einsatz. Aber Nader hat sich entschieden: „Wir dürfen uns das nicht länger bieten lassen.“ Es ist eine Frage der Denkweise, ob man das mitmacht oder nicht.

Wir danken ihm für das Gespräch.

* Name von der Redaktion geändert
(Redaktion Galileo)

Schreibt uns eure Erfahrungen auf und schickt sie an:

Galileo-Redaktion,
Schmalhorststraße 1c,
45899 Gelsenkirchen.
redaktion@mlpd-galileo.de